Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 84. Mittwoch den 25. März 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der am 5. Januar d. J. verstorbene Herr Rechtsanwalt Moritz Eduard Mayer hat uns letztwillig für unser städtisches Museum die in seinem Besitz befindlich gewesene reichhaltige und schöne **Sammlung von Gemälden und Handzeichnungen** vorzüglicher Künstler überwiesen.

Wir rufen dem edlen Entschlafenen für dieses hochherzige, seinen Kunstsinn wie seine Liebe zu unserer Stadt bekundende und unser Museum wesentlich bereicherende Geschenk unseren innigsten, tiefgefühlten Dank nach.

Leipzig, den 17. März 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 887/295. Dr. Georgi. Grötzel.

Die nächste **Anmeldung der Jechtkinder** hat wegen des auf Freitag, den 27. d. Mts., folgenden Feiertages bereits

Donnerstag, den 26. d. Mts. u. c.,
Nachmittags von 4—½6 Uhr

zu erfolgen.

Leipzig, den 23. März 1891.

Das Armen-Amt.

IVb. Nr. 787. Hentschel. Hfr.

Bekanntmachung.

Das dem Bezirksverbande Leipzig-Land gehörige, an der Kirchbergstraße zu Möckern gelegene Grundstück Nr. 54 des Brandkatasters, bestehend aus einem geräumigen Vordergebäude mit Keller, Erd- und Obergeschossen, einem Stallgebäude und einem circa ½ Acker großen Garten, welcher sich vorzugsweise für eine Handelsgärtnerei eignen würde, soll **vom 1. April dieses Jahres** an im Ganzen oder Einzelnen **vermiethet** werden.

Die vorhandenen Localitäten sind sowohl zu Wohn-, als auch zu den verschiedensten gewerblichen Zwecken passend.

Reflectanten wollen sich behufs näherer Auskunft an die unterzeichnete Amtshauptmannschaft wenden.

Leipzig, am 17. März 1891.

Königliche Amtshauptmannschaft.

VIII. Dr. Plaßmann. Edle.

Ev. reformirte Gemeinde.

Die Eltern, deren Kinder zu Ostern 1892 in der reformirten Kirche confirmirt werden sollen, werden ersucht, dieselben anzumelden **Donnerstags 2., oder Freitags 3. April, zw. 3—5 Uhr Nchm.,** die **Knaben** bei Herrn Lic. Simons, die **Mädchen** bei Herrn D. Dreydorff. Selbstanmeldungen der Kinder sind nicht zulässig; doch ist deren Mitkommen erwünscht.

Leipzig, 20. März 1891. **Ev. reformirtes Pfarramt.**

Ausstellung deutscher Kunst- und Industrie-Erzeugnisse, London 1891.

In dem Verzeichniß der für die Londoner Ausstellung angemeldeten Firmen ist Leipzig mit seiner industriereichen Umgebung im Verhältniß zu anderen Städten, namentlich Berlin, bis jetzt nur durch eine kleine Zahl vertreten. Wir machen deßhalb nochmals darauf aufmerksam, daß **Anmeldebogen** auf der Kanzlei der Handelskammer, Neue Börse, Treppe A, I., zu haben sind. In der Platzmiethe von 4 £ für 1 qm ist die Vergütung für die electrische Beleuchtung (die Ausstellung ist bis 10 bez. 11 Uhr Abends geöffnet) eingeschlossen. Für die Collectiv-Ausstellung der Buchgewerbe werden noch besondere Vortheile gewährt.

Leipzig, den 23. März 1891.

Für den Orts-Ausschuß:

Frhr. v. Tauchnitz, Vors. Dr. Sensel, Schriftf.

Sparcasse in der Parochie Schönefeld zu Reudnitz,
Grenzstraße Nr. 2.

Nach §. 18 der abg. Sparcassenordnung darf das Conto eines Einlegers die Höhe von 1500 ℳ nicht übersteigen oder es werden die Beträge **über 1500 ℳ** in den Sparbüchern nicht mehr verzinst.

Da nun in einer großen Anzahl von Sparbüchern der höchst zulässige Betrag von 1500 ℳ durch Zinsenzuschreibungen überschritten worden ist, die betr. Buchinhaber in Folge Verzugs ꝛc aber nicht zu ermitteln sind, so werden dieselben hierdurch in ihrem Interesse ersucht, den Betrag **über 1500 ℳ** aus ihren Sparbüchern abzuheben. Die Sparcasse ist für Sparbücher **täglich von früh 8—12 Uhr** geöffnet.

Leipzig-Reudnitz, 23. März 1891.

Robert Liebert, Director.

Sparcasse Taucha.

Nach Genehmigung der Königlichen Aufsichtsbehörde wird hierdurch veröffentlicht, daß die hiesige Sparcasse vom 1. Juli dieses Jahres ab **Sparreinlagen mit 3½ %** verzinst.

Taucha, am 15. März 1891.

Der Vorsitzende des Sparcassenausschusses.
Schönfeld, Bürgermeister.

Die beiden Strömungen in Frankreich.

Die kriegerische und die friedliche Strömung in Frankreich erhalten ihre Hauptantriebe von zwei Personen, von Deroulede und Ferry, und der Gegensatz zwischen ihnen ist in neuester Zeit wieder schärfer hervorgetreten als seit langer Zeit. Deroulede ist seit einem Monat eifrig an der Arbeit, die im französischen Volke schlummernden Rachegefühle zu wecken, während Ferry es sich angelegen sein läßt, im entgegengesetzten Sinne zu wirken, die friedliche Entwickelung zu fördern und seine Landsleute zur Befestigung der bestehenden Einrichtungen anzuregen. Deroulede hat die Brücke zerstört, welche die gemeinsamen Bestrebungen Deutschlands und Frankreichs auf den neutralen Gebieten von Kunst und Wissenschaft ermöglichen sollte, er hat jede derartige Thätigkeit der Franzosen als einen Verrath am Vaterlande gebrandmarkt, und erst vor einer Woche eine Theatervorstellung im Ambigu-Theater veranstaltet zu dem ausgesprochenen Zweck, die kriegerischen Neigungen der Feinde Deutschlands zu stärken. Es ist zwar eine Reaction eingetreten, ein Journalist von Ruf hat es sogar gewagt, den Franzosen im „Figaro" einen Spiegel vorzuhalten, der ihnen rücksichtslos die Wahrheit sagt und die ganze Lächerlichkeit und Schädlichkeit des Thuns der Kriegshetzer zur Erscheinung bringt, aber die Gegenströmung hat noch nicht die Oberhand gewonnen, die Stimmung ist trübe und gedrückt, so sehr, daß Ferry es nicht einmal gewagt hat, die brennende Frage in seiner Rede vom Sonnabend zu streifen. Er hat von der Nothwendigkeit einer festen Regierung gesprochen, er hat der Jugend die Erhaltung der Republik ans Herz gelegt, er hat die Hoffnung ausgedrückt, daß die Zollverhandlungen zum Nutzen des Landes ausschlagen werden, er hat schließlich die Zweckmäßigkeit einer Reform des Colonialsystems betont, aber er hat es vermieden, die internationalen Beziehungen Frankreichs zu erwähnen. Er hat damit angedeutet, daß sie einen wunden Punct bilden, welcher besser mit Stillschweigen übergangen werde und dadurch der Partei Deroulede ein Zugeständniß gemacht, das ihr zum Triumphe gereichen muß. Die Patrioten haben nicht Unrecht, wenn sie sich heute als die Herren der Lage betrachten.

Man hat es stets als einen nationalen Vorzug der Franzosen gerühmt, daß sie dem Auslande gegenüber einig sind, daß sie niemals mit der Bewilligung der Mittel für die Zwecke der Landesvertheidigung kargen, daß sie sogar schweigen, wenn irgend ein vorlauter Schreier es wagt, an ihre Vaterlandsliebe zu appelliren. Dieser Vorzug hat aber auch seine Kehrseite. Die Feinde der friedlichen Entwickelung üben dadurch einen höchst verderblichen Druck auf den verständigen und besonnenen Theil der Franzosen aus und verurtheilen die Wortführer derselben zum Schweigen, obwohl sie durch die Sachlage die größte Veranlassung hätten, zu reden und sich an die Vernunft ihrer Landsleute zu wenden. Es ist ganz unzweifelhaft, daß Ferry sich in anderer Weise geäußert hätte, wenn er nicht Anstand genommen hätte, Deroulede und seinen Anhang zu reizen. Ferry hat sich darüber beklagt, daß die Bevölkerung die dem Vaterlande geleisteten Dienste oft verkenne und damit wohl mehr sein Mißvergnügen darüber kundgegeben, daß ihn die Lage der Verhältnisse hindere, zu sagen, was er auf dem Herzen habe, als seinem Groll über das Luft gemacht, was ihm seit der Niederlage in Tonkin widerfahren ist.

Deroulede hat seinen Zweck erreicht. Er wollte die öffentliche Meinung vorweg gegen das einnehmen, was Ferry im Elysée Montmartre sagen wollte, und die Furcht vor einem Wandel hat Ferry in der That veranlaßt, daß, was er sagen wollte, für sich zu behalten. Das ist ein Vorgang, der Aehnlichkeit mit dem zeigt, was sich während der Anwesenheit der Kaiserin Friedrich in Paris zugetragen hat. Zuerst waren es die französischen Maler, welche Deroulede nach seinem Willen lenkte, am 21. März mußte sich auch der ehemalige Ministerpräsident und jetzige Senator Ferry seinem Einfluß beugen. Wahrlich ein beschämendes Zeugniß für die Zustände in Frankreich! Die Regierung des Landes beschränkt sich solchen Mißständen gegenüber auf vollständige Neutralität. Zweimal hat der Justizminister den Abgeordneten Deroulede veranlaßt, Interpellationen zurückzuziehen, welche unbequeme Verhandlungen in der Abgeordnetenkammer in Aussicht stellten. Das ist aber auch alles. Constans hat seinen Ruhm als Besieger Boulanger's überlebt, denn es ist ihm nicht gelungen, die Handhabe zu finden, durch welche das verderbliche Treiben Deroulede's unschädlich gemacht werden kann. Es kommt jetzt darauf an, ob die Beweise zur Hand sind, welche den Fortbestand der verbotenen Patriotenliga darthun, um daraus eine Waffe gegen Deroulede zu schmieden.

Die Sache liegt bei Deroulede allerdings anders als bei Boulanger. Deroulede hat niemals die Absicht kundgegeben, der bestehenden Regierung und Staatsverfassung Gefahr zu bereiten, er wollte nicht mehr und nicht weniger sein, als ein rühriger Agitator, welcher den Rachegedanken zu erhalten und die Franzosen, welche ihn hegen, zu Thaten zu drängen strebte. Und ist denn dieser Gedanke nicht wirklich lebendig bei den Franzosen? Ist nicht ihr ganzes Dichten und Trachten darauf gerichtet, den Rachefeldzug vorzubereiten? Findet nicht jede Forderung für militairische Zwecke stets einstimmige Annahme? Ist nicht der Kriegsminister Freycinet in fieberhafter Thätigkeit begriffen, um die Kriegsbereitschaft Frankreichs im glänzendsten Lichte zu zeigen? Der neueste Bericht über die Besichtigung der festen Plätze an der Ostgrenze und über die Verhältnisse des an derselben liegenden VI. Corps lauten dahin, daß Alles zum Kriege fertig sei und daß die Forts Fromard, Castines und Malleton im Stande seien, in wenigen Stunden jeden feindlichen Angriff zu erwidern. Das sind Zeichen einer Stimmung, die jede andere Bezeichnung verdient, nur nicht „friedlich". Crispi sprach sich am 21. März in seinem Angriff auf das Cabinet Rudini auch in einer Weise aus, die des Vertrauens auf die Erhaltung des Friedens entbehrt. Er warnte vor Unänderung der Schußwaffe, weil bald ein Krieg hereinbrechen könne, der dann die Armee in einem Uebergangsstadium, also nicht in wünschenswerther Weise gerüstet finden würde.

Wir legen auf diese Aeußerung nicht allzu großen Werth, weil sie von einem Manne ausgeht, der dem Nachfolger ein Bein stellen will, um seine eigene Unentbehrlichkeit darzuthun, aber so viel ist daraus ersichtlich, daß die Spannung, an welcher wir nun schon so lange leiden, noch keineswegs nachgelassen hat und daß wir jederzeit auf Ueberraschungen gefaßt sein müssen.

*

Leipzig, 25. März.

* Der im Reichstag rechtzeitig festgestellte Etat für 1891/92 balancirt in Ausgabe und Einnahme mit 1,1 Milliarde Mark. Die Kosten der colonialpolitischen Unternehmungen, an denen die Reichscasse betheiligt ist, beziffern sich in diesem Etat auf rund 3 Millionen Mark oder 0,27 Procent der gesammten Reichsausgaben. Man wird nicht behaupten können, daß in dieser Ziffer sich eine Belastung für die Reichscasse ausdrücke, die irgendwie dem Steuerzahler zu Bedenken Veranlassung geben könne. Sieht man aber auch von dem außerordentlichen Etat und den durchlaufenden Posten im Ordinarium ab und stellt die 3 Millionen für colonialpolitische Zwecke nur dem wirklichen ordentlichen Ausgabebedarf des Reiches gegenüber, der sich auf rund 600 Millionen Mark beziffert, so stellen die ersteren etwa genau ein halbes Procent aller ordentlichen Reichsausgaben vor, — ein Verhältniß, das den Steuerzahler ebenfalls noch in keiner Weise zu bedrücken im Stande ist. Dies um so weniger, als in absehbarer Zeit nicht nur nicht ein Anwachsen dieser Last zu besorgen, vielmehr mit Sicherheit eine weitere Minderung derselben zu erwarten ist. Die Kosten für Ostafrika konnten bereits von 4 Millionen und darüber auf 2 herabgesetzt werden und versprechen in kurzer Frist durch die steigenden Zoll- und Verwaltungseinnahmen des Schutzgebietes ihren völligen Ausgleich zu finden.

* Wie bereits gemeldet, hat der Bundesrath einige Aenderungen bezüglich der Zusammensetzung der Commissionen für die zweite Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich beschlossen. Wie nachträglich bekannt wird, betreffen diese Aenderungen die selbstverständliche Berufung des Staatssecretairs des Reichs-Justizamts Dr. Bosse an Stelle seines ausgeschiedenen Vorgängers Geh. Raths v. Oehlschläger als ständiges Mitglied in die Commission, in welcher er zweifellos auch den Vorsitz führen wird. Ferner die Erhöhung der Mitgliederzahl von 22 auf 24 durch Berufung des Directors im Reichs-Justiz-Amt Geh. Rath Hammer als ständiges und des Rechtsanwalts Justizrath Wilke in Berlin als nichtständiges Mitglied. Eine weitere Aenderung betrifft die Redactions-Commission, welche den Entwurf nach früheren Beschlüssen einer redactionellen Revision unterziehen soll. Diese Redactions-Commission soll nun gebildet werden durch den Director im Reichs-Justizamt Hammer als Vorsitzenden; ferner durch den Vicepräsidenten der Gesammtcommission, durch den General-Referenten und durch den Referenten des betreffenden Buches. Erforderlichen Falls kann die Gesammt-Commission eine Ergänzung oder Verstärkung der Redactions-Commission beschließen. Die Beschlüsse der Redactions-Commission erfolgen durch Stimmenmehrheit und zur Beschlußfassung gehört die Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

* Der „Kölnischen Zeitung" wird geschrieben:

Verschiedene Blätter übernehmen einen Artikel eines Braunschweiger Blattes, der „Landeszeitung", welcher u. a. behauptet, Kaiser Friedrich sei im April 1888 bereit gewesen, den Herzog von Cumberland auf Grund der Anerkennung der Unverletzlichkeit Hannovers als Thronfolger in Braunschweig gelten zu lassen. Jene Nachricht wurde damals schon, namentlich in welfischen Kreisen verbreitet, fand aber überall, wo man mit den braunschweigischen Verhältnissen und deren Entwickelung vertraut war, keinen Glauben, sondern wurde nur als ein welfischer Fühler betrachtet. Das erwähnte Blatt sagt dann weiter, nach der Ansicht des Kaisers Wilhelm gehe die braunschweigische Thronfolge, insoweit der Herzog von Cumberland in Frage komme, für vollständig abgethan, dagegen werde sie für die Kinder des Herzogs offen gelassen. Auch dies erscheint nach unserer Kenntniß der Verhältnisse als unzutreffend. Es mag ja Gewißheit vorhanden sein, bei einer anderen Regelung der Frage des Welfenfonds unter Umständen der Familie Cumberland ein Entgegenkommen zu bezeugen, aber schon mit Rücksicht auf die seit Jahren sattsam bekannte Stimmung im Lande Braunschweig selbst wird man schwerlich daran denken, die hannoversche Deducktionslinie auf den braunschweigischen Thron zu bringen. Die Initiative zu einer Aenderung in der bisherigen Thronfolgefrage müßte doch in erster Linie von dem braunschweigischen Landtage ausgehen, und in diesem dürften nur wenige Stimmen für eine Thronfolge auch der Kinder des Herzogs von Cumberland zu haben sein. Die Bevölkerung Braunschweigs in ihrer übergroßen Mehrheit wünscht neben Wahrung der finanziellen Selbstständigkeit des Landes möglichst engen Anschluß an Preußen, darauf weisen sämmtliche Interessen des Landes, sowie dessen geographische Lage hin. Da auch eine neue Welfenherrschaft in Braunschweig schwerlich den Interessen des Reiches und Preußens förderlich sein würde, so ist es sehr zu bezweifeln, daß man in maßgebenden Kreisen einer Lösung der braunschweigischen Thronfolgefrage nach dieser Richtung das geneigte wird. Die ganze Entwickelung der Frage seit dem Tode des Herzogs Wilhelm hat dieser Auffassung bis jetzt durchaus Recht gegeben.

* Die in der „Freisinnigen Zeitung" aufgetauchte Nachricht, Fürst Bismarck habe in Berlin Häuser angekauft und beabsichtige, seinen Wohnsitz wieder in der Reichshauptstadt zu nehmen, ist, wie die „Hamburger Nachrichten" aus guter Quelle hören, erfunden.

* Der Prinz-Regent hat allen in Elsaß-Lothringen wohnenden Bayern, welche die zu seinem 70. Geburtsfeste Allerhöchstdemselben gewidmete Huldigungs-Adresse unterschrieben haben, für die dadurch zum Ausdruck gebrachte Gesinnung der Treue und Anhänglichkeit an die bayerische Heimath seinen Dank in dem folgenden, an den Vorsitzenden des Straßburger Festausschusses gerichteten Handschreiben ausgesprochen:

München, den 18. März 1891.

Herr Ministerialrath v. Teufel!

Der warmempfundene Glück- und Segenswunsch, welchen Sie zu Meinem Geburtsfeste die in Elsaß-Lothringen lebenden Bayern in einer mit mehr als 1400 Unterschriften bedeckten, herrlich ausgestatteten Adresse zum Ausdrucke brachten, hat Mir erneut die Gewißheit geboten, daß die Liebe zur Heimath in ihnen mächtig fortlebt. Ich danke für den Mich hoch erfreuenden Act oft bewährter Ergebenheit von Herzen und gebe mich der Hoffnung hin, daß die unbändigen Gesinnungen sich von den Eltern auf Kinder und Kindeskinder vererben. Mögen sie Alle sich immer als Bayern fühlen, eingedenk, daß sie mitberufen sind, den Ruf der bayerischen Treue und die Ehre des bayerischen Heimathlandes zu wahren.

Ich verbleibe mit huldvollen Gesinnungen Ihr sehr gewogener

Luitpold, Prinz von Bayern.

* Im bayerischen Ministerium des Innern ist man mit den Vorarbeiten für eine Abänderung des bayerischen Heimathgesetzes beschäftigt, welche beabsichtigt, die im vorigen Herbste vielfach erörterten Unzukömmlichkeiten und Härten bei Verehelichungen bayerischer Staatsangehöriger außerhalb Bayerns zu beseitigen. Der Entwurf soll dem Ende September d. J. zusammentretenden Landtage zugehen. Die Nothwendigkeit einer solchen Entschließung ist seiner Zeit in eingehenden Erörterungen nachgewiesen worden, welche den hellen Zorn der particularistischen bayerischen Presse hervorriefen. Es ist eine erfreuliche Thatsache, daß bei der bayerischen Regierung der enge particularistische Standpunct gegenüber einer allseitig erkannten Nothwendigkeit in den Hintergrund tritt.

* Wie amtlich gemeldet wird, ist der vormalige Chef des Generalstabes des 15. Armeecorps Generalmajor v. Bock und Polach infolge seiner Beauftragung mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Oberquartiermeisters von dem Amt eines Mitgliedes des Staatsraths für Elsaß-Lothringen entbunden und an dessen Stelle der Oberstlieutenant, Chef des Generalstabes des 15. Armeecorps Jonas zum Mitgliede des Staatsraths auf die gesetzliche Dauer von drei Jahren ernannt.

* * *

* Aus Petersburg wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Der zwischen Dr. Oskar Blumenthal und Victorien Sardou plötzlich ausgebrochene Thermidor-Streit interessirt auch die Petersburger Blätter. Bisher allerdings beschränkten sich dieselben darauf, die zwischen den Genannten gewechselten Briefe abzudrucken, ohne daß sie ihre eigenen Ansichten über die häßliche Angelegenheit hinzufügten. Heute aber nimmt die „Deutsche Petersburger Zeitung" Stellung zu derselben, weist auf den einen großen Mangel an Muth verrathenden Brief Sardou's an den „Figaro" hin und betont, daß einzelne Stellen dieses Schreibens ein gar zu bezeichnender Beweis für den Zwang sind, unter welchen die Pariser Pseudo-Patrioten ihre eigenen Landsleute halten und sie zu armen Sclaven machen, die aus schnöder Furcht sich selbst verläugnen und widersprechen müssen. Dann aber schließt das Petersburger Blatt: „Als gänzlich unbetheiligte Zeichner dieses Zwischenfalles möchten wir uns die Frage erlauben: War es denn wirklich unumgänglich, daß die Berliner sich dieser neuen moralischen Ohrfeige aussetzten? Ist diese Abhängigkeit von der Pariser Theaterwelt, die mit Fußtritten belohnt wird, der deutschen Nation würdig? Wenn die Berliner „blutige Melodramen" sehen wollen, können ihre eigenen Dichter solche nicht verfassen? Es macht einen häßlichen Eindruck, wenn das Drama Sardou's, dem anfangs herzlicher Beifall gespendet wurde, nachträglich als „blutiges Melodrama" heruntergerissen wird, nachdem es Anlaß zu häßlichen Scenen geworden."

* Man glaubt zu träumen, wenn man liest, wie die russische Presse den 13. März feiert. Was an modernen Ideen im Lande des weißen Zaren auftauchte, wird als Ausfluß des Unverstandes und der Verwirrung gekennzeichnet. Und wohin man blickt, jagt eine byzantinische Verhimmelung der gegenwärtigen Herrschaft die andere. Wenn man den Artikelschreibern traut, ist Rußland ein beneidenswerther Staat: nach außen gefürchtet, innen gefestigt, die Staatsfinanzen geordnet: es giebt kein besser regiertes Land. Rußland ist gerettet, sei es weiß, daß ihm der Absolutismus erhalten bleibt. Die Thatsachen widersprechen dem. Aber der Panslawismus hält es für nothwendig, sich gegen diese Erkenntniß zu verschließen. Er wartet seiner Zeit. So vieles giebt ihm ein Anrecht auf die Hoffnung, daß man ihm helfen werde, westliche Cultur zu zertrümmern. Spaßhaft bleibt es, daß man die Franzosen belobt und — trotzdem die „grande révolution" verhöhnt.

* Der Bericht der Commission der niederländischen zweiten Kammer über den Gesetzentwurf, betreffend die neue Heeresorganisation, sowie die Antwort der Regierung sind jetzt ausgegeben worden. In letzterer hält das Ministerium die hauptsächlichsten Grundlagen, wie obligatorische Dienstpflicht, Contingentziffer und die zugelassenen Exemtionen aufrecht. Die erforderlichen Mittel für die Organisation sollen eventuell durch eine Anleihe aufgebracht werden.

* Die Gerüchte von einem bevorstehenden Ministerwechsel in Portugal treten nunmehr bestimmter auf. Man nennt bereits Martens Ferrao voraussichtlich als Ministerpräsidenten in dem zukünftigen Cabinet.

* Der bisherige Generalconsul in Zanzibar General Evan Smith ist an Stelle des verstorbenen Sir Kirby Green zum britischen Gesandten in Marokko ernannt worden.

* Joseph Johnston, ehemaliger General der Südstaaten, ist gestorben.

Joseph Eccleston Johnston war im Jahre 1807 im Staate Virginien geboren und auf der Militair-Akademie zu West Point zum Officier ausgebildet. Beim Ausbruch des großen Bürgerkrieges war er General-Quartiermeister. Er gab diese Stellung sofort auf und trat als Generalmajor in die Armee der Conföderirten ein, in welcher ihm im Anfang der Oberbefehl über alle Truppen in Virginien übertragen wurde. Im November 1861 wurde er unter Beförderung zum General-Lieutenant mit dem Befehl über die Truppen in Tennessee betraut, mit denen er im nächsten Frühjahr einen erfolglosen Versuch machte, das von General Grant belagerte Vicksburg am Mississippi zu befreien. 1863 erhielt er den Befehl über alle conföderirten Truppen im Südwesten. 1864 fand er an der Spitze der Truppen, die sich dem berühmten Zuge Sherman's an das Meer entgegenstellten. Aus einer Stellung nach der anderen verdrängt, mußte er auf Weisung des Präsidenten Davis den Befehl dem General Hood übergeben. Aber im Februar 1865, als Sherman in Süd-Carolina eingebrochen war, wurde Johnston auf ausdrückliches Verlangen des Generals Lee mit der Führung des Restes der Armee von Tennessee und aller Truppen in Süd-Carolina, Georgia und Florida beauftragt, um Sherman zurückzuwerfen. Die Ausführung dieser Aufgabe mit einer Truppenmacht, die viel geringer war, als die Sherman's, erwies sich trotz der umsichtigsten Taktik und der größten Aufopferung als unmöglich. Nachdem Lee die Waffen gestreckt hatte, blieb auch Johnston nur das Gleiche übrig; er ergab sich dem General Sherman bei Durham's Station in Nord-Carolina. Nach dem Kriege widmete sich Johnston verschiedenen geschäftlichen Unternehmungen. Eine Geschichte seiner Kriegszüge veröffentlichte er 1874. Noch kürzlich hatte er sich an dem Begräbnisse seines großen und glücklichen Gegners auf dem Schlachtfelde, des Generals Sherman, betheiligt.

Aus der nationalliberalen Partei.

* In Karlsruhe war am Sonntag der Landes-Ausschuß der nationalliberalen Partei Badens zu einer Berathung zusammengetreten, die im Wesentlichen den Vorbereitungen der Landtagsersatzwahlen gelten sollte. Eine allgemeine Ansprache an die Wählerschaft wurde beschlossen und soll demnächst erlassen werden. Die Erörterung der politischen Aussichten und der organisatorischen Aufgaben führte zu einer vollen Uebereinstimmung, die sich nun bei der Durchführung der Wahlgeschäfte zum Nutzen der Partei im Großherzogthum Baden wirksam documentiren wird. Es läßt sich nicht verkennen, daß die nationalliberale Partei in Baden mit größeren Schwierigkeiten beim Eintreten in diese Landtagswahlbewegung zu rechnen hat, als seit langer Zeit vorher. Die allgemeine Stimmung, namentlich in Süd- und Südwestdeutschland, war in den letzten Monaten wenig darnach angethan, ein lebendiges Anspannen und festes Zusammenfassen jener oft erprobten Kräfte zu erleichtern, von denen der liberale und nationale Impuls jederzeit zuerst ausgegangen ist. Nicht zum Mindesten hat das Ergebniß der letzten Reichstagswahlen in seinen Folgen und Wirkungen daran Schuld, daß weitere Kreise sich beunruhigt fühlten, insofern sie den Einfluß und die beherrschende Stellung des Ultramontanismus auf allen Gebieten des öffentlichen Schaffens sich befestigen sahen, — so sehr, daß schließlich von einem freiconservativen Führer im Reichstag selbst ausgesprochen wurde: „Wir im Reichstag müssen jetzt mehr oder minder Alles thun, was die kleine Excellenz will." Das Erscheinen der Sperrgelder-Vorlage im preußischen Abgeordnetenhause konnte im Süden nur weiter die Befürchtung bestärken, daß eine kraftvolle Wahrnehmung der, dem Ultramontanismus widerstreitenden Interessen des Reiches und der Einzelstaaten durch äußere Einflüsse bedenklich gelähmt sein werde. Angesichts dieser Stimmungen hat sich indessen um so besser die neuerdings durchgeführte Parteiorganisation bewährt. Sie ermöglichte es, eine klare Erkenntniß der politischen Lage und der in ihr enthaltenen Schwierigkeiten in allen Reihen der Parteigenossen und in allen Wahlkreisen zu wecken und mit der Erkenntniß trat auch die altbewährte Thatkraft wieder in ihre Rechte ein. Die Sitzung des Landesausschusses, in welchem alle Reichstagswahlkreise des Großherzogthums mit einer absichtlich hochgegriffenen Zahl von Delegirten vertreten sind, dürfte diesen klärenden Entwicklungsproceß zum Abschluß gebracht haben. Soweit Berichte

SLUB
Wir führen Wissen.